

## **REGIONALE INITIATIVEN IN DER BR DEUTSCHLAND- INSTRUMENT ZUR EFFEKTIVIERUNG VON RÄUM- LICHER ENTWICKLUNG UND KOOPERATION ODER TUMMELFELD FÜR AKTIONISTEN?**

**Peter JURCZEK**

Technische Universität Chemnitz, Fachgebiet Geographie,  
D-09107 Chemnitz, Deutschland  
e-mail: peter.jurczek@phil.tu-chemnitz.de

## **REGIONAL INITIATIVES IN FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY – INSTRUMENT FOR IMPLEMENTING TERRITORIAL PLANNING AND COOPERATION OR PLAYGROUND FOR ACTIONISTS**

### **Abstract**

In the FR of Germany, the establishment of informal initiatives has considerably gained in importance for many years. As a rule, they mainly focus on regional economic aspects and add to the traditional instruments of spatial structure and planning. This article summarises the main targets and tasks and discusses positive and negative concomitants.

**Key words:** Deutscher Regionalinitiativen, Raumordnung, Raumplanung, Regionalinitiativen, Regionen der Zukunft, Städte der Zukunft, Städtenetze

## **REGIONALNE INICIATIVE V NEMČIJI – INŠTRUMENT ZA URESNIČEVANJE PROSTORSKEGA RAZVOJA IN SODELOVANJA – POLIGON ZA AKTIVISTE**

### **Izvleček**

V zadnjih letih pomen neformalnih iniciativ v ZR Nemčiji znatno narašča. V tem pogledu se dograjujejo tradicionalni instrumenti prostorskega ravnanja in načrtovanja, še posebej z vgrajevanjem regionalno ekonomskih dejavnikov. V tem prispevku bodo predstavljeni najvažnejši cilji in naloge, tudi za razlago spremljajočih pozitivnih in negativnih pojavov.

**Ključne besede:** regionalna iniciativa, urejanje prostora, regionalno planiranje, regije bodočnosti, mesta bodočnosti, mestno omrežje

Während der Trend zur Europäisierung bzw. zur weltweiten Globalisierung stetig ansteigt, gewinnen gleichermaßen Tendenzen der Regionalisierung und Lokalisierung zunehmend an Bedeutung. Diese Entwicklung bezieht sich hinsichtlich der bundesdeutschen Raumordnung zunächst einmal auf die etablierten Einrichtungen (z. B. Regierungsbezirke, Kreise und Gemeinden sowie Planungsverbände), die mittlerweile sowohl die übergeordneten Leitlinien wie beispielsweise solche der Europäischen Kommission berücksichtigen als auch weiterhin ihre Pflichtaufgaben auf kleinräumiger Ebene adäquat erfüllen müssen. Besonders betroffen sind dabei die klassischen Themenfelder der Raumplanung, insbesondere die der Regionalplanung. Diese sind in den letzten Jahren einem derart starken Wandel unterworfen, so dass intensiv über die „Notwendigkeit“ nachgedacht wird, „über Planung wieder nachzudenken“ (Fürst 2000, 1).

Darüber hinaus sind etwa seit den 1960er Jahren zahlreiche regionale Initiativen entstanden, die sich meistens über formal festgelegte Grenzen hinweg gebildet haben. Hierunter fallen beispielsweise regionale Vereine oder Interessensvereinigungen sowie Euroregionen (zu jener Zeit an der deutschen Westgrenze). Dieser Trend hat seit den 1980er Jahren einen nochmaligen Aufschwung erfahren. Seitdem kristallisieren sich in verstärktem Maße Räume mit professionellem Regionalmarketing sowie Gebiete mit Teilraumgutachten, Entwicklungskonzepten, Regionalkonferenzen oder -foren heraus.

In Bezug auf die genannten Beispiele waren in der Regel neue Herausforderungen verantwortlich, die sich weder mit den vorhandenen Institutionen noch innerhalb der vorgegebenen Grenzen realisieren lassen. Einen weiteren Schub für die Bildung zusätzlicher Initiativen und neuer regionaler Gebilde hat in Folge der politischen Wende stattgefunden. Allerdings ist diese nur in Einzelfällen als Ursache, mehrheitlich jedoch als Auslöser einer ohnehin absehbaren Entwicklung anzusehen. Zu den vereinigungsbedingten Beispielen gehören die Sanierungs- und Entwicklungsgebiete (vgl. BBR 2000) oder die Gründung von Euroregionen an der deutschen Ostgrenze (vgl. Jurczek 1998).

In Ergänzung zu europäischen Konzepten zur „Zusammenarbeit bei der Raumentwicklung“ (vgl. Europäische Kommission 1995) sind in Deutschland zu Beginn der 1990er Jahre grundsätzliche Überlegungen angestellt worden, die Raumordnung stärker dem Zeitgeist anzupassen und vor allem auch das kooperative Engagement auf regionaler und lokaler Ebene anzuerkennen bzw. sogar anzuregen und zu fördern. Grundlage hierfür stellen insbesondere der „Raumordnungspolitische Orientierungsrahmen“ (BMBau 1992) und der „Raumordnungspolitische Handlungsrahmen“ (BMBau 1995) der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) dar. Daraus wiederum resultieren mehrere, mittlerweile recht unterschiedlich angelegte Initiativen. Diese sind teilweise von verschiedenen Ressorts initiiert worden (z. B. Städtenetze, Regionen der Zukunft, Inno-Regio-Netzwerke, ländliche Aktivregionen); oder sie haben sich aus eigenem Interesse heraus konstituiert (z. B. Arbeitsgemeinschaft Deutscher Regionalinitiativen).

**Städtenetze** sind „Kooperationsformen von Kommunen einer Region, bei der die Partner freiwillig und gleichberechtigt ihre Fähigkeit und Potentiale bündeln und ergänzen, um gemeinsam ihre Aufgaben besser erfüllen zu können“. Im Rahmen experimenteller Projektarbeit haben sich auf Anregung des ressortmäßig dafür zuständigen Bundesministeriums 12 Modellvorhaben an dem bundesweiten Wettbewerb beteiligt (vgl.

Jurczek 2001), in dessen Folge sich zahlreiche interkommunale Kooperationen konstituiert haben (vgl. Jurczek und Wildenauer 1999). Inhaltlich werden solche Themen aufgegriffen, die sich zur gemeinsamen Lösung anbieten und die höchste Effektivität erzielen; wie beispielsweise in den Fachbereichen Verkehr, Kultur, Tourismus und Technologie im Sächsisch-Bayerischen Städtenetz (vgl. Jurczek u. a. 1999). Nach Ablauf der Experimentierphase arbeiten die Verantwortlichen im „Forum Städtenetze“ (<http://www.staedtenetzforum.de>) weiter, um ihre interkommunale Zusammenarbeit zu verstetigen und auf diese Weise zu neuen Erkenntnissen des „networking“ zu gelangen. Obwohl Städtenetze einerseits eher als „weiche“ Form der Kooperation gelten (vgl. Danielzyk 1999), wird andererseits konzediert, dass sie das klassische Zentrale-Orte-System durchaus gefährden könnten (vgl. Priebis 1996).

Ein weiteres Netzwerk ist im Rahmen des Bundeswettbewerbs **„Regionen der Zukunft“** geknüpft worden (<http://www.zukunftsregionen.de>). Ziel dieser Initiative ist „die Erschließung und Mobilisierung regionaler Handlungsspielräume zur Realisierung einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung“ (Adam 1999, 19). Dies soll durch die Förderung und Vermittlung planerischer Kreativität, Aushandlung und Vermittlung unterschiedlicher Interessen sowie Suche nach geeigneten Instrumentarien erreicht werden. An diesem Wettbewerb haben sich 25 Regionen aus dem gesamten Bundesgebiet beteiligt und ihre unterschiedlichen Erfahrungen (z. B. „Neuorganisation der Stadt-Umland-Beziehungen“ oder „schwierige Förderbedingungen“) eingebracht. Zu den Beispielregionen gehören u. a. der Raum „Frankfurt – Rhein-Main – Wiesbaden“ oder die „Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau“ (BBR 2001). Bemerkenswert erscheint, dass diese Wettbewerbsidee mittlerweile auch auf die europäische Ebene übertragen wurde (<http://www.iclei.org>). Unklar ist dagegen, wie die gewonnenen Erfahrungen in Deutschland „nachhaltig“ genutzt werden.

Mit dem **InnoRegio-Programm** fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung ausgewählte Innovationskonzepte zu vernetzten Projekten in 23 Pilotregionen Ostdeutschlands (<http://www.innoregio.de>). Innovative Regionen sind Raumeinheiten, die kleiner als Bundesländern sind und in denen sich verschiedene Personen und Institutionen zusammenschließen. Ziel ist es, technische, wirtschaftliche und soziale Neuerungen zu entwickeln, die bislang innerhalb oder außerhalb der Region noch nicht realisiert sind. Auf diese Weise stärken sie dauerhaft die Innovationskompetenz und damit die Wettbewerbsfähigkeit ihres Aktionsraums. Hauptanliegen von InnoRegio ist es, in den neuen Bundesländern die Beschäftigungssituation nachhaltig zu verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Etwa ein Drittel der geförderten Projekte befinden sich in Sachsen und umfassen unterschiedliche Wirtschaftsbranchen (z. B. Hochtechnologien, Automobil-, Biomedizin-, Musik-, Textilindustrie).

Neu ist der vom Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft initiierte Wettbewerb **„Regionen Aktiv – Land gestaltet Zukunft“** (<http://www.modellregionen.de>). In ausgewählten ländlichen Regionen soll gezeigt werden, wie die Anforderungen der Bevölkerung an die Landwirtschaft stärker als bisher berücksichtigt werden können und welche neuen Wege in der ländlichen Entwicklung möglich sind. Entwickelt und umgesetzt werden sollen diese Modelle durch Partner-

schaften auf der regionalen Ebene. Dadurch soll in sich dafür eignenden Gebieten ein Prozess in Gang gebracht werden, der sich in der Zukunft eigenständig trägt und somit zum Vorbild für den ländlichen Raum und seiner Verbindungen zur Stadt wird. Interesse an einer Beteiligung signalisiert beispielsweise die „Fördergesellschaft Nordhessen“ mit ihrem Konzept „Stadt-Land-Genuss“. Dabei geht es u. a. um die Förderung der Umstellung auf den ökologischen Landbau, die Einrichtung einer Vermarktungsagentur für regionale Erzeugnisse sowie den Aufbau eines Informationssystems für Qualitätsprodukte, Freizeit- und Tourismusangebote.

**Exkurs:** Kooperationen werden sowohl auf der hier im Vordergrund stehenden regionalen als auch auf der kommunalen Ebene initiiert. In diesem Zusammenhang ist das Forschungsfeld „**Städte der Zukunft**“ zu nennen, das im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus ins Leben gerufen worden ist (<http://www.staedte-der-zukunft.de>).

Ziel dieses vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen geförderten Vorhabens ist es, durch wissenschaftlich gestützte Strategien zu einer nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen beizutragen. Wesentliche Strategien ausgewählter ExWoSt-Modellstädte konzentrieren sich auf die städtebaulichen Handlungsfelder „haushälterisches Bodenmanagement“, „vorsorgender Umweltschutz“, „sozialverantwortliche Wohnungsversorgung“, „stadtverträgliche Mobilitätssteuerung“ und „standortsichernde Wirtschaftsförderung“. Besonders interessant ist die Heranziehung von Städten aus dem europäischen Ausland, um von deren Erfahrungen zu lernen. Hierzu zählen das österreichische Graz, das niederländische Tilburg, das britische Edingburgh, das dänische Aalborg und das schwedische Göteborg.

Wiederum als Wettbewerb organisiert ist das Projekt „**Stadt 2030**“, ein Bestandteil des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung betreuten Forschungsprogramms „Bauen und Wohnen“ (<http://www.stadt2030.de>). Dabei sollen vorrangig Zukunftskonzeptionen für Städte und deren Umland formuliert und umgesetzt werden. Besonders Augenmerk ist auf eine ganzheitliche Betrachtung von Stadt- und Siedlungsentwicklung zu legen. In diesem Zusammenhang stehen folgende Themenkomplexe im Vordergrund: Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung und Stadtforschung (z. B. Integration, ökologische Zukunftsfähigkeit, wirtschaftliche Entwicklung und Stabilität), sowie Leitbilder der Stadtentwicklung und Stadtpolitik (z. B. räumliche Leitbilder, solche der Raumüberwindung, funktionale sowie partizipatorische und sozialpolitische Leitbilder); unter Berücksichtigung dialogischer Verfahren der Zukunftsgestaltung.

Darüber hinaus sind weitere stadtorientierte Programme zu erwähnen, die sich durch unterschiedliche Zielsetzung, Organisationsstruktur und Vorgehensweise voneinander unterscheiden. Derartige Aktivitäten beziehen sich beispielsweise auf das Bundesprojekt „soziale Stadt“ (<http://www.sozialestadt.de>), das EU-Vorhaben „URBAN“ oder den europaweiten interkommunalen Interessenverbund „eurocities“ (<http://www.eurocities.org>). Letzterer wird u. a. von den Städten Ljubljana und Chemnitz – die unabhängig davon eine langjährige Städtepartnerschaft miteinander verbindet – sowie Frankfurt am Main getragen. Diese Beispiele zeigen, dass auch bei der interkommunalen Zusammenarbeit ein Trend zur Globalisierung zu verzeichnen ist. Dieser dürfte in Zukunft

durch entsprechende Förderprogramme, insbesondere solcher der EU erheblich an Bedeutung gewinnen.

Konzentrieren wir uns nun wieder auf die Darstellung der regionalen Initiativen, so fällt auf, dass die von einigen deutschen Bundes- und – in der Folge – Landesministerien oder der Europäischen Kommission angeregten bzw. geförderten Kooperationen ihre intraregionale bzw. interkommunale Zusammenarbeit in der Regel auf dem Hintergrund eines Wettbewerbs beginnen. Diese dokumentieren ihr Interesse zunächst einmal dadurch, dass sie sich beim jeweiligen Träger bewerben, erhalten angesichts ihrer eingereichten Unterlagen den Zuschlag (oder auch nicht) und werden für eine bestimmte Startphase (von etwa drei bis fünf Jahren) unterstützt. Die Gewährung konkreter Hilfestellungen beschränkt sich meistens auf die Förderung der Durchführung des jeweiligen Modellvorhabens. Das heißt, dass im Allgemeinen keine Investitionskosten übernommen werden. Ziel ist es somit, regionale Initiativen untereinander einem Wettbewerb zu unterziehen, um durch das überdurchschnittliche Engagement ihrer Akteure zu einer Verbesserung der infrastrukturellen Entwicklung ihrer Aktionsräume zu gelangen.

Grundsätzlich sind die oben dargestellten Maßnahmen als positiv zu bewerten; vor allem auch wegen ihrer Funktion, das innovative und kreative Potenzial der Regionen zu identifizieren und damit eine nachhaltige Entwicklung zu induzieren. Allerdings ergeben sich auch einige Probleme, die zusammengefasst wie folgt lauten:

- In der Regel sind die verschiedenen Wettbewerbe untereinander nicht abgestimmt, so dass es zu Überschneidungen und Reibungsverlusten kommen kann.
- Es werden zwar Fördermittel eingesetzt, die jedoch meistens so gering sind, dass sie in vielen Fällen lediglich die Kosten für das Wettbewerbsmanagement tragen.
- Von den etablierten (Planungs-) Einrichtungen wird zwar erwartet, dass sie sich bei der Projektdurchführung beteiligen, sie werden allerdings überwiegend nur informell und nicht unbedingt integrativ einbezogen.

Daneben existieren weitere regionale Initiativen, die zwar ein eigenes Regionalmarketing und -management aufgebaut haben, aber bislang keinem Netzwerk angehören. Um eigene Interessen mit solchen von Kooperationspartnern zu bündeln und auch überregional Gehör zu finden, gibt es seit einiger Zeit Bestrebungen, auch hierfür ein Netzwerk zu bilden und eine Dachorganisation aufzubauen. Wegbereiter dieser Aktion ist die Initiative Südwestsachsen, die eine bundesweite Fachtagung zum Thema „Regionalinitiativen in der Bundesrepublik Deutschland“ durchgeführt hat. Bei dieser Gelegenheit wurde die Schaffung eines informellen Zusammenschlusses angeregt, was in der Gründung der „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Regionalinitiativen (ADR)“ mündete (<http://www.regionalinitiativen.de>).

Ziel dieser Vereinigung ist es, im Rahmen einer informellen Zusammenarbeit die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen und verschiedenen Organisationsformen anderer Regionalinitiativen – nicht zuletzt als Gradmesser für eigene Aktivitäten – kennen zu lernen, deren Bekanntheitsgrad und somit Bedeutung zu erhöhen sowie deren langfristigen Erfolgchancen zu sichern bzw. auszubauen. Außerdem geht es darum, die Interessen regionaler Initiativen zu bündeln und gegenüber der Politik, Wirtschaft usw. angemessen

zu vertreten, die auch mit ausländischen Regionalinitiativen – vorrangig auf europäischer Ebene – kooperiert. Vorrangig wird die Realisierung folgender Maßnahmen angestrebt:

- Durchführung regelmäßiger Erfahrungsaustausche und fachspezifischer Workshops
- Kontinuierliche Zusammenarbeit mit anderen Netzwerken
- Einrichtung einer Internet-Plattform zur gegenseitigen Information
- Erfassung aller bestehenden Regionalinitiativen und ihrer Aktivitäten

Dabei wird angestrebt, auf differenzierte und kostenintensive Organisationsstrukturen zu verzichten, so dass sich eine alternierende Koordination (regelmäßig wechselndes Management) anbietet. Derzeit befindet sich das Netzwerk noch im Aufbau. Allerdings ist auffällig, dass in der Anlaufphase – gemäß den Grundsätzen der Innovationsforschung – die meisten Interessenten aus Sachsen stammen (Abb. 1). Während sich deren Anteil zunehmend rückläufig entwickelt, steigt die Zahl der Regionalinitiativen aus anderen Teilen des Bundesgebietes – in Anlehnung an die Erkenntnisse der Diffusionsforschung – stetig an.

Nach mehreren Jahren kontinuierlicher Evaluation liegen mittlerweile umfangreiche Erkenntnisse über die Chancen und Probleme regionaler Initiativen vor. Diese gilt es zur Kenntnis zu nehmen und bei entsprechenden Aktivitäten zu berücksichtigen, da sie letztlich zum Erfolg bzw. Scheitern mühevoll aufgebauter Netzwerke beitragen. Auf der Basis gründlicher Recherchen lauten einige wesentliche Grundlagen erfolgreich arbeitender Regionalinitiativen wie folgt (vgl. Jurczek 2001):

- Motivierung der Akteure zu maximaler Flexibilität und optimaler Kreativität
- Mobilisierung von Ideenreichtum und Innovationsfreude aller Beteiligten
- Erzielung von Synergieeffekten (z. B. durch kostengünstige gemeinsame Aktivitäten)
- Zukunftsbezogene Ausrichtung von Maßnahmenkonzepten und Projektumsetzungen
- Bereitschaft und Befähigung zu Kooperation und Vernetzung

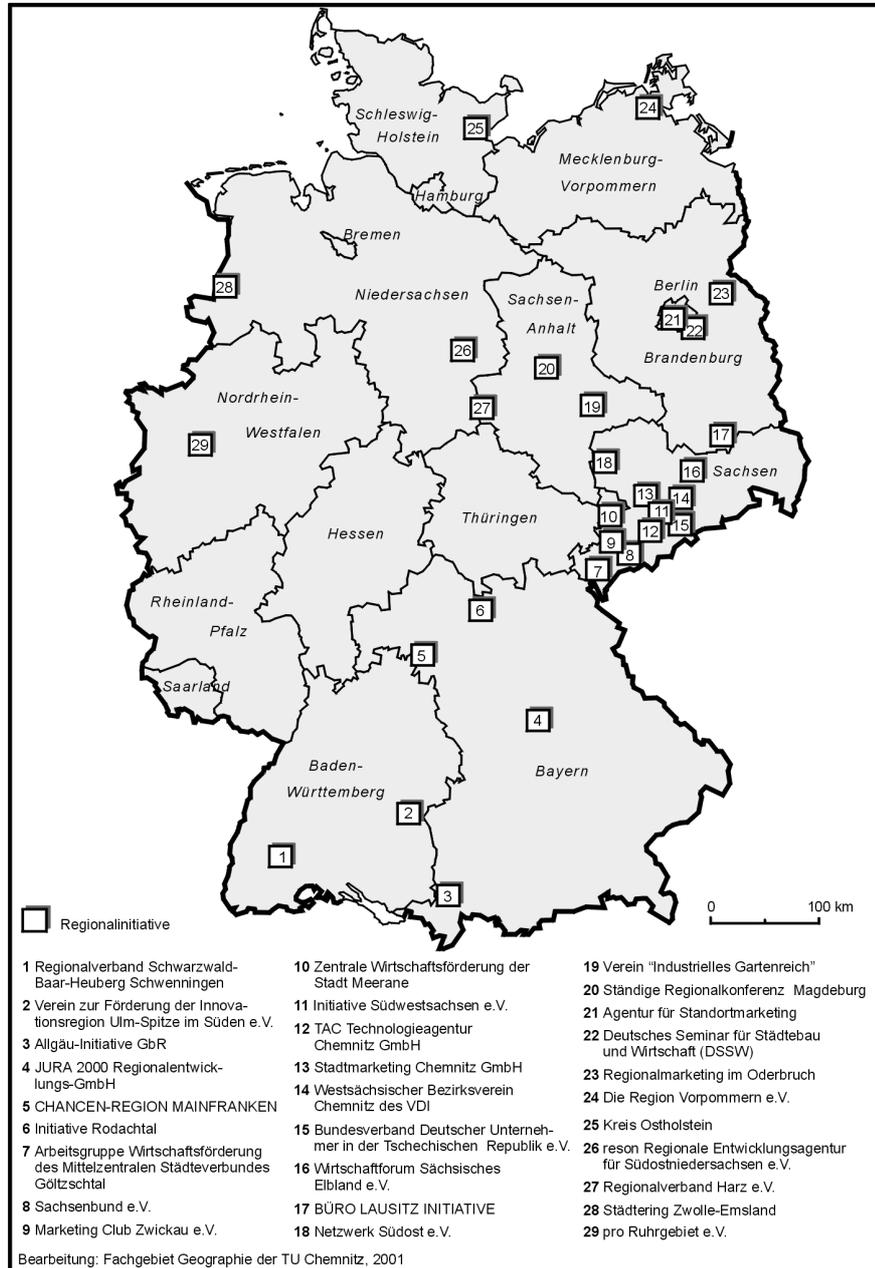
In diesem Fall wären die immateriellen Voraussetzungen günstig, um das mit der Einrichtung regionaler Initiativen verbundene übergeordnete Ziel zur Effektivierung der räumlichen Entwicklung und Kooperation zu erreichen. Dennoch erscheint eine ständige Qualifizierung der im Rahmen eines regionalen Netzwerks handelnden Personen unabdingbar (vgl. Fürst und Schubert 2001). Allein mit der Optimierung „weicher“ Faktoren (Humankapital) kommt jedoch eine erfolgreich arbeitende Regionalinitiative nicht aus. Hinzu kommen die materiellen Ressourcen (z. B. infrastrukturelle Ausstattung, Projektmittel), die gleichermaßen und in angemessener Größenordnung vorhanden sein müssen.

Im Gegensatz dazu dürfen etwaige Probleme nicht negiert werden, die die erfolgreiche Arbeit von Regionalinitiativen erschweren oder gar verhindern können. Hierzu zählen u. a.

- fehlende Motivation und geringes Engagement maßgeblich beteiligter Personen
- unzureichende Befähigung und/oder Bereitschaft zur Kooperation untereinander
- informeller Charakter der Zusammenarbeit und damit fehlende Verbindlichkeit
- hohe Fördermittelabhängigkeit und dadurch unsichere Existenz

- unzureichende infrastrukturelle Ausstattung und fehlende Projektmittel
- kontraproduktive Überschneidung mit Aufgabenstellungen etablierter Institutionen

Abbildung 1: Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Regionalinitiativen (ADR)



Derartige und ähnliche negative Aspekte lassen die häufig mit viel Elan aufgebauten regionalen Initiativen langfristig ineffektiv werden, die schließlich nicht mehr als ein Tummelfeld für Aktionisten und deren zum Teil eigennützige Belange (z. B. Selbstimage, Eigenwerbung, Prestige, Mitnahmeeffekt) dargestellt haben. Dann würden regionalisierte Entwicklungsstrategien eher ein „modisches Phänomen“ als einen „neuen Politikansatz“ (Danielzyk 1995, 9) darstellen und entsprechende Einrichtungen fragwürdig erscheinen lassen. Daher sollten regionale Initiativen – zahlenmäßig in überschaubarem Umfang und inhaltsbezogen in eindeutiger Ausrichtung – in Ergänzung zu den etablierten (Planungs-) Institutionen sinnvolle Aufgaben übernehmen und auf diese Weise einen effektiven Beitrag zur räumlichen Entwicklung und Kooperation leisten.

### **Literatur:**

- Adam, B., 1999: Neue Kooperationen in der Region. Der Bundeswettbewerb „Regionen der Zukunft“; Bundes BauBlatt, 5, 18-23.
- BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.), Modellvorhaben „Städtenetze“. Neue Konzeptionen der interkommunalen Kooperation. Bonn.
- BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.), 2001. Regionen der Zukunft – Aufgaben der Zukunft. Bonn.
- BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.), 2000. Modellvorhaben Sanierungs- und Entwicklungsgebiete. Informationen zur Raumentwicklung, 5/6.
- BMBau – Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hg.), 1992. Raumordnungspolitische Orientierungsrahmen. Bonn.
- BMBau – Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hg.), 1995. Raumordnungspolitische Handlungsrahmen. Bonn.
- Danielzyk, R., 1995: Regionalisierte Entwicklungsstrategien – „modisches“ Phänomen oder neuer Politikansatz? Material zur angewandten Geographie, 30, 9-17.
- Danielzyk, R., 1999: Regionale Kooperationsformen; Informationen zur Raumentwicklung, 9/10, 577-586.
- Europäische Kommission (Hg.), 1995. Europa 2000+. Europäische Zusammenarbeit bei der Raumentwicklung. Luxemburg.
- Fürst, D., 2000: Die Notwendigkeit, über Planung wieder nachzudenken; IÖR-Schriften, 33, 1-7.
- Fürst, D., Schubert, H., 2001: Regionale Akteursnetzwerke zwischen Bindungen und Optionen; Geographische Zeitschrift, 89, 1, 32-51.
- <http://www.iclei.org>
- <http://www.eurocities.de>
- <http://www.innoregio.de>
- <http://www.modellregionen.de>
- <http://www.regionalinitiativen.de>

<http://www.sozialestadt.de>

<http://www.stadt2030.de>

<http://www.staedte-der-zukunft.de>

<http://www.staedtenetzforum.de>

<http://www.zukunftsregionen.de>

Jurczek, P., 1998: Chancen und Probleme der grenzübergreifenden Zusammenarbeit an der deutschen Ostgrenze; Occasional Papers, 19, 114-122.

Jurczek, P., 2001: Konzeptioneller Stand der Entwicklung von Regionalinitiativen; Regionalinitiativen in der Bundesrepublik Deutschland, 127.131, Chemnitz.

Jurczek, P., 2001: Städtenetze in der Bundesrepublik Deutschland; Eine neue Raumordnungspolitik für neue Räume, 106-118.

Jurczek, P., Völker, S., Vogel, B., 1999: Sächsisch-Bayerisches Städtenetz. Kronach, München, Bonn.

Jurczek, P., Wildenauer, M., 1999: Städtenetze als neues Instrument der Raumordnung; in: Deutscher Nationalatlas, 1, 70-71.

Priebs, A., 1996: Städtenetze als raumordnungspolitischer Handlungsansatz – Gefährdung oder Stütze des Zentrale-Orte-Systems? Erdkunde, 50, 35-45.